ODENWALD KURIER

Zeitung der DKP für den Odenwald Extra September 2021

Guten Tag!

Fühlen Sie sich auch getäuscht? Seit 20 Jahren beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland am Krieg in Afghanistan und vermied es tunlichst das Wort Krieg in den Mund zu nehmen. Es hieß, die Bundeswehr würde den Afghanen Demokratie und Menschenrechte beibringen. Nachher werden uns die Afghanen dankbar sein.

War es Lüge oder Selbsttäuschung, als Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) noch Ende Juni behauptete, die Bundeswehr habe dort den Boden für eine lebendige Zivilgesellschaft gelegt. Diese Aussage von Herrn Maas und die Realität, die damit kontrastiert, zeigen die komplette Unfähigkeit dieses Außenministers, der gesamten Bundesregierung und des Westens.

Das alles brach in atemberaubendem Tempo wie ein Kartenhaus zusammen, nachdem die US-Armee aus Afghanistan abzog. Heiko Maas, wie Kriegsministerin AKK (Annegret Kramp-Karrenbauer) haben sich als unfähig erwiesen, auch nur ansatzweise zu verstehen, wie die afghanische Gesellschaft funktioniert. Die uneingeschränkte Solidarität mit den USA bei deren Kriegen kommt uns teuer zu stehen. Vielleicht sollten wir nochmals reflektieren, welche Politiker uns diese Auslandseinsätze eingebrockt haben? Immer wieder bekamen wir von Joachim Gauck, Frank-Walter Steinmeier, von der Leyen, Angela Merkel, Horst Seehofer, Olaf Scholz und Cem Özdemir zu hören, dass

unsere besondere Verantwortung in der Welt nicht ohne robuste militärische Teilnahme zu haben sei. Für die 59 toten Bundeswehrsoldaten, die Verwundeten, Invaliden und Traumatisierten, sowie die getöteten Zivilisten hat sich keiner der Bundestags-Kriegstrommler bis heute entschuldigt? Die Milliarden-Kosten und die Opfer hat man uns lange unterschlagen.
P. J. Bosse

Peter Jochen Bosse kandidiert zu den Bundestagswahlen auf der Hessischen Landesliste für die Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Die Bundeswehr mischt mit.
Seit der Wiedervereinigung Deutschlands 1990 sind die Hemmungen gefallen. Jetzt lässt man die Muskeln wieder spielen und zeigt Einsatzbereitschaft in Afghanistan, Mali, Syrien, Libanon, Kosovo, Südsudan, Westsahara, im Mittelmeer und am Horn von Afrika vor Somalia.

Klarer Erfolg der DKP:
Die Teilnahme an der Bundestagswahl ist sicher.

Am 22. Juli 2021 hat das Bundesverfassungsgericht die Entscheidung des Bundeswahlausschusses, der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) den Parteienstatus zu entziehen, in vollem Umfang aufgehoben. Damit weist das Gericht den Angriff auf die DKP entschieden zurück, der nicht nur die Teilnahme an der Bundestagswahl im September verunmöglichen, sondern eine oppositionelle Organisation ihrer Existenz berauben sollte. Das kalte Verbot ist vom Tisch.
Ihre Stimme für die DKP!

Gegen Krieg und Hochrüstung – Für Frieden mit China und Russland!
Symptom der Krise ist eine Verschiebung des weltweiten Kräfteverhältnisses. USA und EU reagieren darauf mit einer aggressiven Haltung gegen China und Russland. Deutschlands

Monopolkapital marschiert dabei im Gleichschritt mit der NATO. Gleichzeitig will es an der Spitze und mit der EU zur eigenständigen Macht werden und rüstet dreifach auf: die arbeitenden Menschen werden für die Kriegskassen von NATO und EU und für die deutsche Rüstung zur Kasse gebeten. Das Geld fehlt in vielen Bereichen: Bildung, Gesundheit, Kultur sowie der öffentliche Personenverkehr. Zugleich wächst die Gefahr, dass Europa zum atomaren Schlachtfeld wird mit Opferzahlen, die jene der Corona-Pandemie um ein Vielfaches übersteigen.

Gegen die Macht der Banken und Konzerne – Für die Interessen der großen Mehrheit der Menschen in diesem Land

Anders als von den Mainstream-Medien behauptet, dienen die meisten Maßnahmen im Rahmen der Pandemie-Bekämpfung hauptsächlich der Aufrechterhaltung der Produktion, also den Interessen des Kapitals und weniger der Gesundheit der Menschen. Auch beim Umgang mit der gegenwärtigen ökologischen Krise, die sich vordergründig in der menschengemachten Erderwärmung ausdrückt, zeigt sich diese Tendenz. Die von der Bereicherungssucht der Konzerne getriebene Ressourcenverschwendung geht weiter. Die von der Regierung bevorzugten Mittel wie die CO2-Steuer werden die Umweltkatastrophe nicht aufhalten. Vielmehr fördern sie lediglich die weitere Umverteilung von unten nach oben. Im Kapitalismus sind nicht die Menschen relevant, sondern der Profit.

Gegen den Abbau sozialer und demokratischer Rechte – Für Klassensolidarität!

Die massiven Angriffe auf die Arbeiterklasse, auf Kleingewerbetreibende und Kulturschaffende sowie auf unsere Daseinsvorsorge sollen abgesichert, Proteste unterdrückt werden. Im Schatten der Pandemie wurden die Grundrechte auf Demonstrations- und Versammlungsfreiheit, aber auch das Streikrecht massiv beschnitten. Überwachung und Schnüffelei in sozialen Medien wurden ausgebaut, Polizeigesetze verschärft. Die Arbeit antifaschistischer und

demokratischer Organisationen wie die der VVN-BdA wird erschwert bis unmöglich gemacht. Zudem versuchen die Herrschenden die Arbeiterklasse zu spalten. Stammbelegschaften werden gegen Leiharbeiter ausgespielt, Deutsche gegen Ausländer, Junge gegen Alte, Männer gegen Frauen. Diesen Tendenzen müssen wir entgegentreten.

Für den Sozialismus!

Die aktuellen Krisen des Kapitalismus sind keine Ausrutscher. Wir erleben eine allgemeine Krise des Kapitalismus, die den Eigentums- und Produktionsverhältnissen, der kapitalistischen Konkurrenz- und Profitlogik entspringt. Wachsende Kriegsgefahr und katastrophale Umweltzerstörung lassen einen mehr als 100 Jahre alten Ausspruch von Friedrich Engels aktueller denn je erscheinen: „Die bürgerliche Gesellschaft steht vor einem Dilemma: entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei.“ Das Gegenmodell zum krisenhaften Kapitalismus sind gesellschaftliche Planung und gesellschaftliches Eigentum.

DKP wählen – Aktiv werden – Für unsere Rechte kämpfen!

Mit ihrem Eintreten für einen radikalen Bruch mit der kapitalistischen Produktionsweise und den Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft hat die DKP im Bundestagswahlkampf ein Alleinstellungsmerkmal. Sie stellt auch eine Alternative zur Partei „Die Linke“ dar, die ihre Positionen nicht zuletzt in der Friedenspolitik zunehmend aufweicht und immer stärker auf Parlamentarismus und das Mitregieren orientiert. Der Sozialismus als gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus steht nicht mehr auf der Agenda der Linkspartei. Eine Stimme für die DKP ist eine klare Aussage für eine radikal fortschrittliche Politik. Wir kandidieren, um den Menschen in diesem Land die Möglichkeit zu geben, ihre Stimme gegen Krieg und Kapitalismus abzugeben.

V.i.S.d.P.: Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt
E-Mail rfan@mail.de